

GDF-AKTUELL

NEWSLETTER DER GRUPPE DER FRAUEN DER
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

In Ihrer Hand halten Sie die erste Ausgabe des Newsletters der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wir wollen Sie nun regelmäßig über unsere Arbeit informieren. In den ersten Ausgaben stellen wir Ihnen zudem die Mitglieder unserer Gruppe vor, sodass Sie mögliche Referentinnen und Ansprechpartnerinnen leichter finden können. Wir beginnen mit den Vorstandsmitgliedern.

Für rege Diskussionen sorgte in den vergangenen Wochen die Regelung über die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten. Wir sind aber nun froh, dass mit dem Kompromiss eine Regelung gefunden wurde, die den Interessen aller Familien entgegenkommt.

Das nächste große Projekt wird das Elterngeld betreffen. Derzeit befassen sich die Familienpolitiker der Koalitionsfraktionen mit der genauen Ausgestaltung.

Wenn Sie Anregungen haben oder Themen veröffentlichen wollen, bitte schreiben Sie uns:

GruppederFrauen@cducsu.de

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Ihre



ERSTE AUSGABE

DES
GDF-NEWSLETTERS



Der Vorstand der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:
v. l. Michaela Noll, Veronika Bellmann, Ursula Heinen, Dr. Eva Möllring,
Daniela Raab

Deutschland auf Platz 16


„Frauen im Parlament“


Die Liste der Frauenanteile in nationalen Parlamenten per Ende 2005 führt Ruanda an. Dort erreicht der Frauenanteil in der Volkskammer - dank einer gesetzlichen Quote - 48,8 Prozent.

Es folgen die skandinavischen Länder mit einem 40-Prozent Schnitt. Schweden liegt mit 45,3 Prozent auf Rang 2.

Mehr als ein Drittel der Frauen weisen unter anderem die Parlamente der Niederlande, Argentiniens, Kubas, Spaniens, Costa Ricas, Mozambiques, Belgiens und Österreichs auf. Letzteres liegt mit 33,9 Prozent auf Platz 12. Deutschland kommt mit 31,8 Prozent auf Platz 16. (Quelle: Basler Zeitung online)

>>> VORSTELLUNG DER MITGLIEDER DER GRUPPE DER FRAUEN

<p>Name: Ursula Heinen</p> <p>Geburtsdatum: 07. Oktober 1965</p> <p>Landesgruppe: Nordrhein-Westfalen</p> <p>Wahlkreis: Köln I (WK- Nr.: 94)</p> <p>Funktionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorsitzende der Gruppe der Frauen - Obfrau der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Stellv. Vorsitzende der CDU NRW <p>ordentliches Mitglied im:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union <p>Schwerpunktt Themen / Berichterstattungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundsatzfragen der nationalen- und EU-Agrarpolitik und Verbraucherschutzpolitik - Lebensmittelsicherheit - gesundheitlicher Verbraucherschutz 	
---	---

<p>Name: Michaela Noll</p> <p>Geburtsdatum: 24. Dezember 1959</p> <p>Landesgruppe: Nordrhein-Westfalen</p> <p>Wahlkreis: Mettmann Süd (WK- Nr.: 105)</p> <p>Funktionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stellv. Vorsitzende der Gruppe der Frauen - Vorsitzende der Kinderkommission - Mitglied im Bundesvorstand der Frauen-Union der CDU - Mitglied im CDU-Landesvorstand NRW - Mitglied im CDU Kreisvorstand Mettmann - Mitglied Vorstand Kreisfrauen Union Mettmann - Vorstandsmitglied CDU-Stadtverband Haan - Stellv. Vorsitzende des GPA Kreis Mettmann <p>ordentliches Mitglied im:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - Untergremium Kinderkommission (Vorsitzende) <p>Stellvertretendes Mitglied im:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechtsausschuss - Innenausschuss <p>Schwerpunktt Themen / Berichterstattungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Frauen u. Recht (z.B. Stalking, Zwangsprostitution, Zwangsverheiratungen, etc.) 	
--	---

„Michaela Noll erste Vorsitzende der Kinderkommission“

Am 8. Februar 2006 hat sich die sechste Kinderkommission konstituiert. Sie wird nun ihre Lobbyarbeit für Kinder und deren Rechte innerhalb und außerhalb des Parlaments aufnehmen. Die Abgeordnete Michaela Noll hat als erste den Vorsitz übernommen. Schwerpunkt der Arbeit der Kinderkommission wird der Abbau von offener wie versteckter Kinderfeindlichkeit sein, kündigte Michaela Noll an. Weitere Schwerpunkte sollen in den kommenden vier Jahren die Themen Sport und Medien sein.

Die Kinderkommission ist außerdem Ansprechpartner für alle, die sich für Kinderinteressen einsetzen, für Verbände, Organisationen, aber auch für Eltern und Kinder. Erstmals gehören dem seit 1998 bestehendem Untergremium des Jugend- und Familienausschusses ausschließlich Frauen an.

(Quelle: Pressedienst Deutscher Bundestag)

Name: Veronika Bellmann
Geburtsdatum: 20. November 1960
Landesgruppe: Sachsen
Wahlkreis: Freiberg - Mittlerer Erzgebirgskreis
(WK- Nr.: 162)
Funktionen: Stellv. Vorsitzende der Gruppe der Frauen
Beisitzerin im Fraktionsvorstand,
ordentliches Mitglied im:
- Europaausschuss
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für :
- Wirtschaft u. Technik
Schwerpunktt Themen / Berichterstattungen:
- Strukturpolitik
- Kultur u. Medien
- Aufbau Ost
- Lissabon Strategie



Name: Dr. Eva Möllring
Geburtsdatum: 20. Mai 1955
Landesgruppe: Niedersachsen
Wahlkreis: Gifhorn, Peine (WK- Nr.: 45)
Funktionen: - Stellv. Vorsitzende der Gruppe der Frauen
- Stellv. Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU
- Landesvorsitzende der Frauen-Union Niedersachsen
- Mitglied im Rundfunkrat des NDR
ordentliches Mitglied im Ausschuss für:
- Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für :
- Bildung, Forschung u. Technikfolgenabschätzung
Schwerpunktt Themen / Berichterstattungen:
- Frauen im Beruf
- Familienrecht
- Rechte von Frauen



Name: Daniela Raab
Geburtsdatum: 07. Juli 1975
Landesgruppe: Bayern
Wahlkreis: Rosenheim (WK- Nr.: 224)
Funktionen: - Stellv. Vorsitzende der Gruppe der Frauen
- Obfrau der Arbeitsgruppe Recht
ordentliches Mitglied im:
- Rechtsausschuss
Stellvertretendes Mitglied im:
- Innenausschuss
Schwerpunktt Themen / Berichterstattungen:
- Strafrecht
- Lebenspartnerschaftsrecht
- Graffiti



Kurtelefon Müttergenesungswerk

Viele Frauen haben gesundheitliche Probleme durch ihren täglichen Spagat im Alltag, oft gerade auch durch die Vereinbarung von Beruf und Familie. Und meistens ignorieren sie die ersten Symptome.

Für diese Frauen und ihre Kinder ist es sehr wichtig, dass sie über die Möglichkeit einer Mütter- oder Mutter-Kind-Kur aufgeklärt werden.

Hinweise auf die Angebote des Müttergenesungswerks, auf Kontaktmöglichkeiten und erste Anlaufstellen sind erhältlich unter:

KURTELEFON: (030) 33 00 29 29
oder
www.muettergenesungswerk.de

Stalking

Am 9. Februar 2006 referierte die Bayerische Staatsministerin der Justiz, Dr. Beate Merz, in der Sitzung der Gruppe der Frauen zum Thema „Stalking“.

Stalking, also die fortgesetzte Verfolgung, Belästigung und Bedrohung einer anderen Person gegen deren Willen, betrifft zumeist Frauen: 80 Prozent der Opfer sind weiblich, 80 Prozent der Täter männlich. Doch obwohl Stalking-Fälle manchmal auch mit dem Tod des Opfers enden können, wird das Problem in unserer Gesellschaft oftmals nicht ernst genommen.

Das vom Bundesrat eingebrachte Gesetz zur Strafbarkeit von Stalking soll daher nicht nur Opfer vor Stalking schützen, sondern auch zu einer Sensibilisierung der Gesellschaft führen.

Mit einer Anhörung nach der ersten Lesung soll eine lebhaftere und konstruktive Diskussion ermöglicht werden.

Rechte behinderter Frauen stärker in UN-Konvention berücksichtigen

Am 3. Februar 2006 wurde die siebte Verhandlungsrunde über die UN-Konvention zum Schutz der Menschenrechte behinderter Menschen abgeschlossen. Die Unterzeichnerstaaten werden sich mit der Konvention verpflichten, das Recht behinderter Frauen und Männer auf Bildung, Gesundheit und Arbeit, das Recht auf persönliche Mobilität sowie das Recht auf Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben sicherzustellen.

In der Konvention soll auch die mehrfache zusätzliche Diskriminierung behinderter Frauen und Mädchen berücksichtigt werden. Dazu wird es einen eigenen Artikel geben, in dem sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten, Maßnahmen gegen die doppelte Diskriminierung behinderter Frauen und Mädchen zu ergreifen.

Außerdem wird auch in den Artikeln zum Schutz vor Gewalt, zum Recht auf Gesundheitsversorgung, im Artikel zur Förderung des Bewusstseins für Behinderungen sowie im Rahmen der Datensammlung, der Umsetzung und Überwachung der Konvention auf die Belange behinderter Frauen Bezug genommen.

(Quelle: Pressemitteilung Sozialverband Deutschland 03.02.06)

>>> PRESSEMITTEILUNGEN DER GRUPPE DER FRAUEN

05.01.2006

Spätabtreibungen vermeiden helfen

Zu der aktuellen Diskussion über die Einführung einer verpflichtenden Beratung vor Spätabtreibungen erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen MdB:

Wenn werdenden Müttern nach der 23. Schwangerschaftswoche aus medizinischen Gründen die Möglichkeit einer Spätabtreibung offen steht, ist diese anstehende Entscheidung sicherlich für keine Frau leicht. Monate der Vorfreude auf das Kind liegen hinter ihr. Die Diagnose, die zu einer Spätabtreibung führen kann, versetzt viele der werdenden Mütter in einen Schockzustand. Ihnen in dieser schweren Entscheidung alle Unterstützung und Hilfe, die möglich ist, zukommen zu lassen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält es für einen wichtigen Aspekt der Hilfe, dass die Frau eine intensive psychosoziale Beratung erhält. Diese ist bisher so nicht erforderlich. Eine verpflichtende Beratung stellt aus unserer Sicht eine wichtige Unterstützung der Frauen dar. Denn so wie der Arzt die medizinischen Aspekte erläutert, werden in der psychosozialen Beratung die weiteren Aspekte des Konflikts ergebnisoffen dargelegt und Hilfestellungen gegeben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schlägt zudem vor, dass zwischen der Feststellung der Behinderung und der Vornahme des Schwangerschaftsabbruchs drei Tage Bedenkzeit liegen, damit die Eltern ausreichend Zeit für ihre Entscheidung haben. Auf diesem Wege wird die Möglichkeit eröffnet, dass Spätabtreibungen wirkungsvoller als bislang vermieden werden können.

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um unserem gemeinsamen Anliegen der Verminderung von Spätabtreibungen Rechnung zu tragen.

01.02.2006

Vernünftige Einigung bei Kinderbetreuungskosten

Anlässlich der Einigung der Koalitionspartner bezüglich der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen MdB:

Mit der Einigung bei der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten ist ein vernünftiger Kompromiss erzielt worden. Damit wird eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreicht und Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Haushalt verstärkt. Die Koalitionsfraktionen haben einen Schritt getan, um bestehende erhebliche Nachteile bei Kinderbetreuung und Berufstätigkeit der Eltern abzubauen. Schließlich will heute ein großer Teil der jungen Frauen (so selbstverständlich wie die jungen Männer) im Beruf bleiben, auch wenn sie Mutter werden.

Kinderbetreuungskosten können bis zu einer Höhe von zwei Drittel der anfallenden Kosten pro Jahr und Kind, höchstens bis zu einer Grenze von 4.000 Euro steuerlich geltend gemacht werden.

Das heißt im Einzelnen: Während Alleinverdiener die Kinderbetreuungskosten bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren steuerlich absetzen können, können Doppelverdiener und Alleinerziehende die Kinderbetreuungskosten als Werbungskosten bei Kindern im Alter von null bis 14 Jahren absetzen.

Indien: Mädchen unerwünscht

Jedes Jahr werden in Indien mindestens 500.000 Mädchen abgetrieben. Vor allem Paare in Städten und aus der Mittelschicht ziehen männliche Nachkommen vor, weil Jungen in Indien einen höheren Stellenwert als Mädchen haben. Jungen gelten als Stammhalter und Altersversicherung. Hinzu kommt, dass die Mitgift eines Mädchens die Eltern ein Vermögen kostet. Deshalb kommt es oft zu selektiven Abtreibungen weiblicher Föten. Um den selektiven Abtreibungen entgegen zu wirken, hat die indische Regierung schon 1994 die pränatale Geschlechtsbestimmung verboten. Auch der weit verbreitete Brauch der Mitgift ist seit Jahrzehnten illegal. Trotzdem nimmt das „Mädchen-Defizit“ beständig zu, wie Daten offizieller Volkszählungen zeigen: Während im Jahr 1981 noch 962 Mädchen auf 1.000 Jungen kamen, waren es im Jahr 1991 nur noch 945. Im Jahr 2001 sank das Verhältnis weiter auf 927 Mädchen pro 1.000 Jungen. Die Ergebnisse der Studie zeigen keine Unterschiede zwischen den Religionsgemeinschaften: Sowohl Hindus, Muslime als auch Christen diskriminieren Mädchen vor der Geburt. Das Ungleichgewicht zwischen Mädchen und Jungen bei der Geburt ist jedoch in der Stadt ausgeprägter als auf dem Land und es nimmt auch mit dem Wohlstand der Eltern und der Bildung der Mutter zu. Dies kann unter anderem daran liegen, dass sich Mittelstands-Paare eher eine Ultraschalluntersuchung leisten können als arme Familien.

(Quelle: The Independent, 9. Januar 2006, DSW Newsletter Jan. 2006)

Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung

In der Sitzung der Gruppe der Frauen vom 26. Januar 2006 haben Christine Henry-Huthmacher und Elisabeth Hoffmann den Familienreport 2005 der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgestellt.

In der Studie wird die Situation von Familien in Deutschland sowie familienpolitische Best-Practice-Modelle ausgewählter Bundesländer vorgestellt.

Im Ergebnis kommt die Studie zu dem Schluss, dass Familien in Deutschland immer noch überwiegend in traditionellen Lebensentwürfen leben.

Bei Interesse an der Studie wenden Sie sich bitte direkt an die Konrad-Adenauer-Stiftung:

www.kas.de/publikationen/frau.html oder christine.henry-huthmacher@kas.de

EU-Parlament spricht sich für „Jahr gegen Gewalt von Männern gegen Frauen“ aus

Die Gefahr, dass Männer Gewalt gegen Frauen anwenden, nehme zu in einer Gesellschaft, die sich nicht rigoros und eindeutig gegen dieses Phänomen zur Wehr setze, so das Europäische Parlament in einem am 2. Februar 2006 angenommenen Bericht. Es müsse „Nulltoleranz“ gegenüber jeder Form von Gewalt gegen Frauen in der EU praktiziert werden. Das Parlament weist darauf hin, dass fast jede zweite Frau schon einmal Opfer von physischer, psychischer oder sexueller Gewalt durch Männer gewesen sei. Ein "Europäisches Jahr gegen Gewalt von Männern gegen Frauen" könne die Öffentlichkeit nachhaltig für dieses Thema sensibilisieren und wirksamere Strategien gegen Gewalt einleiten. Grundsätzlich gelte es, Gewalt gegen Frauen als eine Menschenrechtsverletzung zu betrachten, die ungleiche geschlechts-spezifische Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft widerspiegelt. Insbesondere das Ausmaß der häuslichen Gewalt gegen Frauen, d.h. in ihrem privaten Bereich etwa durch enge Bekannte oder Lebenspartner, werde noch immer unterschätzt oder nicht konsequent strafrechtlich verfolgt.

(Quelle: Pressedienst Europaparlament - Rechte der Frauen / Chancengleichheit - 02.02.06)

Zitat des Monats

FAZ 30.01.06

Annette Widmann-Mauz MdB,
stellvertretende Vorsitzende der CDU
Baden-Württemberg bei der Vorstellung
des Wahlprogramms mit Blick auf den
Ausbau der Ganztagsbetreuung:

„Insbesondere im Kapitel Kinderland
entwickeln wir eine Politik, für die gilt:
weg von der Ideologie und hin zu den
Bedürfnissen der Menschen.“

Familienfreundlichkeit in Unternehmen

Familienfreundlichkeit rechnet sich – für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Unternehmen selbst. Gesellschaftspolitisch, aber auch betriebswirtschaftlich sind familienfreundliche Maßnahmen in Unternehmen ein Gewinn. Vor dem Hintergrund der negativen demografischen Entwicklung in Deutschland können Unternehmen heute und in Zukunft nicht mehr auf das hohe Qualifikationsniveau von Frauen verzichten.

Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass sich Bundesministerin von der Leyen nachdrücklich für mehr Familienfreundlichkeit in deutschen Unternehmen einsetzt.

Maßnahmen im Sinne der Familien in Deutschland sind nur gemeinsam mit den Unternehmen durchsetzbar. Zwangsgesetze gegen die deutsche Wirtschaft sind eine Sackgasse, die nur kontraproduktiv wirken kann. Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb den kooperativen Weg der Bundesministerin und wird ihn konstruktiv begleiten.

- TERMINVORSCHAU - DER GDF-SITZUNGEN

9. März 2006, 13.15 Uhr DPG

Dr. Marita Eisenmann-Klein, Präsidentin der Deutschen Gesellschaft der Plastischen, Rekonstruktiven und Ästhetischen Chirurgen / Gitta Connemann MdB
Thema: „Schönheitschirurgie“

16. März 2006, 13.15 Uhr, DPG:

Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, und Prof. Jutta Allmendinger, Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Thema: „Frauen und Arbeitsmarkt“

30. März 2006, 13.15 Uhr, DPG:

Ute Granold MdB
Thema: „Fußball WM und Zwangsprostitution“

IMPRESSUM

Herausgeber
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ursula Heinen MdB
Redaktion: Miriam Rado
(verantwortl.)
Telefon (030) 227 58957
Telefax (030) 227 56093
E-Mail: GuppederFrauen@cducsu.de
www.cducsu.de/gdf